

Heribert Prantl

Die Lage war noch nie so ernst Die Krise ist ansteckend



Dr. Heribert Prantl, geb. 1953 in Nittenau/Oberpfalz, Studium von Rechtswissenschaft und Geschichte in Regensburg sowie journalistische Ausbildung, war Richter an verschiedenen bayerischen Amts- und Landgerichten sowie Staatsanwalt. Seit 1987 ist er politischer Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung, seit 1995 leitet er deren Ressort Innenpolitik.

Es gibt ein berühmtes Plakat von John Heartfield aus dem Jahr 1930. Es heißt: „Der Sinn des Hitlergrußes“ und zeigt den so genannten Führer mit erhobener und nach hinten geöffneter Hand, in die eine mächtige Figur, von der man nur Körper und Hand sieht, Geldscheine legt. Der Plakattext dazu lautet: „Millionen stehen hinter mir“.

Es war die historische Erfahrung der heimlichen Unterstützung der NSDAP durch Schwerindustrie und Hochfinanz, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes sensibel für das Thema Parteienfinanzen gemacht hat. Der Abgeordnete Brockmann vom Zentrum regte deshalb im Parlamentarischen Rat im Mai 1949 zunächst folgende Formulierung im Grundgesetz an: „Die Parteien müssten durch Offenlegung der Finanzen gegen undemokratische Einflüsse gesichert sein“. Letztendlich wurde daraus der vom SPD- Abgeordneten Georg August Zinn vorgeschlagene Satz im Artikel 21 Absatz 1, Satz 4 des Grundgesetzes: „Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft ablegen“.

Die Frage, ob und wie der Staat die Parteien finanzieren darf, um deren Abhängigkeit von Spendern zu vermeiden, hat der Parlamentarische Rat offen gelassen. Gesetzgeber und Verfassungsgericht haben das in einer jahrzehntelangen Prozedur geklärt. Aber mit Transparenz und öffentlicher Kontrolle klappt es, wie sich zeigt, immer noch nicht. Mit dem Geld für Parteien ist es offensichtlich wie mit dem Wasser: Es findet immer seinen Weg. Es ist ein Weg, der sich, wie die CDU- Parteispendenaffäre zeigt, um die Paragraphen des Parteien-, des Steuer- und des Strafrechts nicht kümmert. Helmut Kohl hat in seiner Zeit als Bundeskanzler schwarze Kassen angelegt und sich damit dem Verdacht der Untreue ausgesetzt. Der frühere Bundesinnenminister Manfred Kanther hat als Landesvorsitzender der CDU in Hessen zusammen mit seinen Helfern viele Millionen Mark unklarer Herkunft, wohl aus den Beständen der aufgelösten, illegalen Staatsbürgerlichen Vereinigung, ins Ausland geschafft, dort das Geld arbeiten lassen und es dann- unter massivem Einsatz von Lug und Trug - wieder in die

Parteikassen geschleust: Man erfand „Vermächtnisse“ jüdischer Bürger, um den Geldzufluss zu begründen.

Der Begriff der organisierten Kriminalität, den Kanther in seiner Amtszeit als Innenminister am allerliebsten gebraucht und von der er gesagt hat, dass ihre Strukturen „nur verschwommen erkennbar“ seien, wendet sich gegen ihn selbst. Die Spendenaffären, die längst zum kriminellen Skandal geworden sind, beuteln eine unter der Herrschaft Helmut Kohls inhaltsleer gewordene Partei, eine Partei, die weit weg ist von ihren geistigen Fundamenten. Um diese hat Kohl sich nicht gekümmert, er hielt sich selbst für das Programm - und weil das so ist, hat die Partei in der größten Krise ihrer Geschichte nichts, an das sie sich halten kann.

Man muss kein Freund der CDU sein, um Angst um sie zu haben. Helmut Kohl, der Mann, der seiner Partei viel gegeben hat, hat ihr wohl noch viel mehr genommen. Damit sind nicht die Millionen gemeint, die er in schwarze Kassen gesteckt hat; genommen hat er ihr innerparteiliche Demokratie und die Selbstachtung. Sein Kanzlerregime hatte auszehrende Kraft. Falsche Konventionen entwickelten sich - auf finanziellem wie auf politischem Sektor: Widerspruch galt als Rebellion, das Jasagen als konstruktiv. Die meisten der Parteifunktionäre, die tagtäglich konsterniert Neues über die Quellen, Bäche und Ströme des Kohlschen Finanzsystems erfahren, haben gekuscht vor Kohl, haben fein geschwiegen, beflissen getan und allenfalls im kleinen Kreis gelästert.

Er hat ein Milieu geschaffen, in dem es als normal galt, Großspenden von hunderttausend, ja Millionen Mark in bar und in dicken Umschlägen entgegenzunehmen. Kohl, der Macher der Einheit, wurde am Ende seiner politischen Laufbahn zum Kaputtmacher seiner Partei. Er nahm es, einem Nero gleich, hin, dass seine Partei lichterloh brennt, und er sieht dabei zu. Weil Kohl der CDU das Kreuz gebrochen hat, fehlt ihr die Kraft, den Brand zu löschen. Fast alle, deren Namen jetzt gehandelt werden, haben zugelassen, dass die CDU wurde, wie sie jetzt ist. Die CDU erlebt nun, was die anderen christlichen Parteien Westeuropas schon erlebt haben: eine potenziell tödliche Identitäts- und Existenzkrise. Bisweilen mag es so aussehen, als handele es sich nur um einen Rosenkrieg zwischen Kohl und Schäuble. Ein solches Wort, eine Reminiszenz an den tragikomischen Film des Regisseurs de Vito über einen Ehekrieg also, ist freilich viel zu harmlos für das, was in der CDU geschieht: Es geht nicht nur um eine exzessive Beziehungskrise zwischen den zwei Menschen Schäuble und Kohl. Sicher: Auch bei der CDU liegen die Nerven blank, auch in der CDU frisst Hass die Seele auf. Im Film ist es so, dass Haus, Möbel und Kronleuchter lieber zerstört und zerschlagen als dem Anderen überlassen werden. Genauso verhält sich Kohl gegenüber der Partei und seinem Nachfolger Wolfgang Schäuble, so agiert er bei seinen Auftritten. Aber es geht um sehr viel mehr: um ein grundverschiedenes Verständnis von Politik und Demokratie - und darum, ob Verharmlosung und Verdunkelung von Gesetzes- und Verfassungsbruch zu den Mitteln des politischen Geschäfts gehören. Kohl stellt sein angebliches Ehrenwort über Recht und Gesetz. Er ist der Ansicht, dass man als Politiker Paragraphen platt sitzen darf. Nach seiner Ansicht hat Schäuble nur nicht das Gewicht, es ihm gleich zu tun. Die Lage war noch nie so ernst. Konrad Adenauer hat mit seinem berühmt gewordenen Satz gern kokettiert, wenn er die Lage schon wieder im Griff hatte. Heute, 36 Jahre nach dem Rücktritt Adenauers als Bundeskanzler, stimmt seine Analyse wie niemals zuvor in der Geschichte der CDU. In diesem Satz steckt aber keine Spur von Spott und Selbstironie mehr, er ist die bittere und blanke Wahrheit über die CDU: Die Lage der Partei war noch nie so ernst wie heute. Die CDU steht in der tiefsten Krise ihrer Geschichte. Die Partei, die die Bundesrepublik Deutschland gestaltet und geprägt hat, ist in verzweifelter Lage - so verzweifelt, dass es nicht mehr abwegig ist, an das Schicksal der Demokrazia Cristiana zu denken. Diese Partei, Urmutter des Nachkriegs-Italiens, hatte fast

fünfzig Jahre die Geschicke dieses Landes bestimmt. Sie brach 1992/93 unter der Last der Korruptionsskandale zusammen, schämte sich schließlich ihres Namens und löste sich selbst auf. Nicht nur die DC, sondern eine ganze Politikerklasse wurde vom Wirbelsturm der Ermittlungen weggefegt, mehr als 600 Gerichtsverfahren liefen gegen die ehrenwerten Abgeordneten, die Nomenklatur fast aller Parteien wurde gestürzt, die politische Landschaft von Grund auf verändert. Die letzten Dinge waren nicht besser als die ersten: Das Erbe der DC wurde von rechtsradikalen Parteien gefleddert, und die nachrückende Garde von Politikern war nicht besser als die vorher. In Italien war es so, dass die gesamte politische Klasse den Staat vereinnahmet hatte, in die Korruptionsskandale waren alle Parteien verwickelt. In Deutschland geht es vor allem darum, dass Kohl und Co. die CDU vereinnahmt haben. Doch schon ein nur partieller Verfall der CDU ist für Deutschland gefährlicher als für Italien der Untergang der DC. In Italien hatten nach dem Zweiten Weltkrieg zirka zweihundert Politiker regiert; die Partei war für sie nur ein Machtorganisationsapparat. In Deutschland dagegen haben die Parteien regiert, und die wichtigste dabei war die CDU: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Aussöhnung mit Frankreich, Vereinigtes Europa - das ist der CDU zu danken. Und noch viel mehr: Diese CDU hat einen großen Teil des Bürgertums zur Demokratie geführt und dort gehalten. Die CDU hat nach rechts integriert, freilich verschiedentlich um den Preis der Selbstvergiftung. Rechtsextreme Parteien hatten deswegen nie eine Chance in Deutschland, weil die Union einigermaßen stabil blieb.

Zum ersten Mal in der deutschen Parteiengeschichte gab es mit der Union eine große politische Bewegung, die konservativ-nationale, christlich-soziale und bürgerlich-liberale Elemente in einer großen Volkspartei zusammenführte. Es besteht nun die Gefahr, die Heiner Geißler schon vor Jahren als seinen Albtraum beschrieben hat: dass die Partei wieder in diese Teile zerfällt. Die Spaltprodukte wären anfällig für neue Nationalismen und autoritäre Versuchungen. In dem Maß jedenfalls, in dem die CDU an Bindungskraft verliert, wird das politische System instabil, wächst die Radikalisierungsgefahr. Noch gibt es keinen deutschen Haider, aber er kann sich schnell finden - möglicherweise durch Metamorphose eines schon etablierten Politikers. Zunächst aber wird, im Gefolge der Kohl-Skandale und der Krise der CDU, die ohnehin schon größte politische Gruppierung stark an Zulauf gewinnen: die der Nichtwähler.

Die SPD und die anderen Parteien müssen nicht glauben, dass das alles sie nichts angeht: Die CDU-Krise ist ansteckend. Das Publikum ist durchaus geneigt zu sagen (die Flugaffäre in Nordrhein-Westfalen und die Bereicherungen des zurückgetretenen niedersächsischen Ministerpräsidenten Glogowski vor Augen), man müsse die Hand zwischen den Parteien nicht umdrehen, da habe jede Dreck am Stecken. Und so wird Politik wieder zum schmutzigen Geschäft, das man einer Kaste von Unberührbaren überlässt. Das ist das Schlimmste, was Kohl dem Land antun konnte. Möglicherweise auf lange Zeit ist der Beruf des Politikers in Verruf geraten. Die junge Elite sucht sich ihr Betätigungsfeld anderswo. Deshalb wird Deutschland noch unter der CDU-Parteispendenaffäre leiden, wenn ihre Protagonisten schon abgetreten und verstorben sind. „Pfleger der politischen Landschaft“ heißt es im Jargon der Lobbyisten und Waffenhändler, wenn sie versuchen, politische Entscheidungen mit Geld zu beeinflussen. Die politische Landschaft ist durch diese Pflege anhaltend verseucht und vergiftet worden. Nicht der Umzug des Parlaments von Bonn nach Berlin in der Mitte des Jahres 1999 war der Abschied von der Bonner Republik. Die Tragödie der CDU könnte diesen Abschied markieren.